

Tabak-Arbeiter

Nr. 20 / Bremen, den 18. Mai 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Belegporto. Glückwunsch- und Lobesanzeigen sowie Arbeitsgesuche: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Belegarten: „Werb“ Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW. 11, Königgräber Str. 97. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung, Bremen. Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. H. Schmalefeld & Co. Redaktionsstich Montagabend

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Ami Domshöhe 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsausführungsvorstand: E. Schöne, Hamburg, Bejenbinberhof 57, Zimmer Nr. 24

Pfingstfest und Frühlingsglaube

Maienbäume wanderten aus der Freiheit draußen in die Stadt, in das Dorf, die Häuser zu schmücken. Freundlich soll alles sein, denn wir wollen das „liebliche“ Fest ja feiern. Das Pfingstfest hat etwas vom Zauber der lieblichen Birke, und leicht und froh ist unser Sinn, wie der sonnige Hauch, der da die zarten Zweige des Maienbaumes streichelt.

Ueber dem Pfingstfest liegt etwas vom Volksgemüt, etwas vom lachenden Wesen des Kindes: die Welt ist doch schön, und wenn auch der Alltag noch so hart und so dunkel. Der Frühling macht froh und glaubend.

Aber da binden die Menschen diesen lebendigen Pfingstglauben des Frühlings so oft nur mit ihren kleinen persönlichen Sorgen und Hoffnungen. Da ertragen sie, vom Glauben des Mai bewegt, ihr Los zwei Feiertage lang leichter. Da sehen sie, von lichter Pfingstsonne umglänzt, den Alltag wonniger. Hütet euch vor dem „lieblichen“ Pfingstgeiste solcher Zufriedenheit, die da die großen Nöte und Aufgaben der Klasse vergißt und verkürrt!

Der Lenz spricht wahrlich eine ganz andere Sprache als die solch bürgerlicher Gemächlichkeit. Denn Lenz ist Liebe. Lenz ist Sturm. Lenz ist revolutionäre, siegende Kraft. Schwestern und Brüder, hört doch diese gewaltige Sprache des sieghaften Lichtes im Frühling!

Etwas Urgewaltiges liegt in dem „lieblichen“ Feste. Etwas, das im Unrecht des Lebens geborgen, bringt immer neu zum Licht. In Fülle. Da quillt es und will es aus allen Poren. Leben! Nicht für dich, nicht für mich, nein, für alle und für das Morgen und Uebermorgen. Ohne Maß, ohne Ende, ohne Ziel. So wie Liebe nicht Anfang und nicht Ende kennt.

Schwestern und Brüder, lernt, aus dem Leben des Frühlings glauben! An das Größte glauben, das werden kann! Und fühlt aus dem Frühling heraus, zu welcher sieghaftem Schaffen am Leben wir alle berufen! Die Freiheit soll sein, weil die Freiheit nur Leben ist! Das Licht soll das Leben durchdringen, auch das der Ärmsten, und alles Dasein soll durchsonnt sein von dem großen, einenden und lieben Pfingstgedanken der Freude.

Der Frühling ist der ewige Jungborn des menschlichen Glaubens an das Leben als Sinn. An einen neuen schöneren, wonnigeren Inhalt des Lebens. An ein Ziel der Freiheit, das Menschen für Menschen zu schaffen berufen ist.

Der Frühling ist eine bildnerische Kraft in unserem Wollen und Schaffen. Er erhebt uns. Er stärkt uns. Er reizt immer wieder die Schlacken von unserer Seele, die da das trübe Sorgenleben dieser Wirtschaftsordnung im Menschen werden läßt. Er macht uns frei und leicht. Lebendig und glaubend. Mit leuchtenden Augen läßt er uns vorwärtschauen, und in seinem Sturme, mit dem er die letzten welken Reste hinwegsegt, singt er uns jugendlich kraftvoll die Melodie vom ewigen Wandel und ewigen Siege des Lichts.

Wer im Pfingstfest nur den Frühling des laufenden Jahres erlebt, der hat vom Singen und Klingen der ewigen Pfingsten nichts vernommen. Nur wer den Frühling als Frühling erlebt, diesen ewigen Frühling, diesen ewigen Sieg des Lichts und des Lebens, der hat aus dem Frühling gewonnen für sein Menschentum. Der ist in seinem Glauben erwacht und in seinem revolutionären Wollen des neuen Lebens immer neu geboren. Alles mag kommen und gehen, blühen und untergehen, doch nur im Sinne des Lebens, des Aufstiegs. Das Leben ist dennoch das letzte. Das Wachsen. Die harmonische Formung und die Gestaltung zu immer vollendeterer organisatorischer Art.

Da in der bebenden Seele wogt der ewige Frühling des Menschengeschlechts. Wo es nicht zittert, da ist nur Form. Der Frühling ist Wachsen und Leben von unten herauf. Der Frühling ist elementare Kraft aus der Tiefe. Im Winter versteckt und im Lenz jubilierend. Doch immer da. Immer.

Sei wie der Frühling! Und du trägt die lebendige Energie der wachsenden Erde und ihr werdendes Glück. Und wir sind verbunden zu mehr als dem Heute. Wir sind die starke, lebendige Macht aus der Tiefe, die immer neu das Leben und die Freiheit bringt.

Dr. Gustav Hoffmann.

Um die Verlängerung der Arbeitszeit

Ohne Zweifel befinden wir uns zurzeit in einer äußerst verwickelten Lage. Die Straßenkämpfe in Berlin, die Endlösung der Reparationsfrage, die mißliche Lage der Reichsfinanzen, die schleichende Wirtschaftskrise, das große Arbeitslosenheer und die daraus hergeleitete Reform der Arbeitslosenversicherung: das sind die sichtbarsten Zeichen dafür, welche verworrenen mißlichen Zuständen das deutsche Volk zurzeit gegenübersteht. Die durch diese Umstände gekennzeichnete Lage wird verschärft durch den Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Da ist es kein Wunder, daß gerade in solchen Momenten kundige Thebaner auf den Plan treten, um ihre Reformvorschlüsse zu entwickeln. Wir sind es bei unseren Unternehmern gewohnt, daß sie bei ihren Vorschlägen gleich aufs Ganze gehen. Ein solcher Vorschlag, der mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen will, befindet sich in der Nummer 105 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Dort schreibt Herr August Rosterg, der führende Mann in der deutschen Rollindustrie, einen Artikel „Drehpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik“, den man als ein Gesamtprogramm des deutschen Unternehmertums ansehen kann. Rosterg stellt vier unumstößliche Tatsachen zusammen, die den Ernst der gegenwärtigen Situation hervortreten lassen sollen. Diese sind 1. der

verlorene Krieg, 2. die überhohen Sozillasten, 3. unsere Handelsbilanz, die eine starke Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zuläßt, und 4. die hohe Zahl der Arbeitslosen. Aus den zwei Millionen arbeitsloser und konsumierender Menschen wieder produzierende zu machen, sei das höchste Ziel, das es zurzeit in Deutschland gibt. Und auf das gewiß nicht unwichtige Ziel, die in Deutschland vorhandenen Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen, baut Rosterg seine Vorschläge auf. Bei der Frage

Lohnhöhe und Arbeitszeit

macht Herr Rosterg das Eingeständnis, daß die Höhe der Lohngestaltung nicht das Wesentliche ist. Denn Rosterg ist sich klar darüber, „daß gerade eine gut entlohnte Arbeiterschaft den Inlandskonsum in bedeutendem Maße stärkt und dadurch mittelbar der Wirtschaft wieder Nutzen bringt. Auch ist der Kampf um die Lohnhöhe nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen; er ist die Folge des unbeeinträchtigen aller menschlichen Axiome, des Strebens nach Erwerb“. Also hierauf legt der Artikelschreiber das Hauptgewicht nicht, sondern auf die Verhältnisse bei der Arbeitszeit. Und so legt er denn in längeren Ausführungen auseinander, daß die Verlängerung der Arbeitszeit dasjenige Moment ist, welches alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben vermag. Zwar ist sich Rosterg klar darüber, „daß im Falle

einer durchgreifenden Verlängerung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen zunächst anwachsen wird“. Doch bei der sich daraus ergebenden ansteigenden Konjunktur würde die Arbeitslosigkeit in um so stärkerem Maße wieder fallen. Das habe die Entwicklung der Konjunktur im Jahre 1927 klar bewiesen. „Der scheinbare Umweg über die anfängliche Steigerung der Arbeitslosigkeit wird sich daher doch stets als der kürzeste und sicherste Weg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit erweisen. Andererseits wird aber eine Verlängerung der Arbeitszeit der deutschen Volkswirtschaft Vermögenswerte und sonstige Vorteile von ganz ungeheurem Ausmaße einbringen. Von sachkundiger Seite ist das Ergebnis einer

Arbeitszeitverlängerung um zwei Stunden pro Tag

auf Milliardenwerte berechnet worden. Diese Milliardenwerte würden die Basis für die Verbilligung unserer Produkte bilden. Sie würden ferner zusätzliche inländische Kaufkraft schaffen, unsere Wettbewerbsfähigkeit im Auslande stärken und den Absatz auf ausländischen Märkten heben. Mit anderen Worten: Diese Milliarden würden die Grundlage für eine neue dauernde Konjunktur des deutschen Wirtschaftslebens sein.

Die Verlängerung der Arbeitszeit muß nach Rostergs Ueberzeugung bei allen Erörterungen an erster Stelle stehen. „Dabei handelt es sich selbstverständlich nicht nur etwa um Mehrarbeit der Arbeiterschaft. Mehrarbeit muß vielmehr von allen Berufstätigen und Arbeitsfähigen, ob Geistes- oder Handarbeiter, arm oder reich, geleistet werden.“ Der gute Mann hat hier ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Und dies zu einer Zeit, als sich Scharen von deutschen Müßiggängern anschicken, die in- und ausländischen Bäder zu bevölkern, um den errafften Mehrwert dort, aller Welt sichtbar, zu verprassen.

Es wird dann weiter ausgeführt, daß gerade führende Männer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei sich den Standpunkt von der Mehrleistung durch längere Arbeitszeit zu eigen machen müßten. Gerade der deutsche Reichsarbeitsminister müsse wie ein Löwe dafür kämpfen, „daß der gesamten deutschen Wirtschaft neues Blut zugeführt werden würde, um den Arbeitern und Angestellten in ihren obersten Wünschen — nach höheren Löhnen — immer weiter entgegenkommen zu können.“ Zwar ist Rosterg der Meinung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nicht für alle Dauer notwendig zu sein braucht. „Die immer größer werdende Vervollkommnung unserer Arbeitsweise gibt schon die Gewähr dafür, daß auf die Dauer eine angemessene Reduzierung der Arbeitszeit von selbst eintreten wird. Nur im gegenwärtigen Moment und in den nächsten Jahren kann Mehrarbeit unter keinen Umständen entbehrt werden.“ Im Anschluß daran entwickelt Rosterg den Gedanken, daß durch Sparsamkeit kein Reichtum zu erwerben ist, „sondern daß in erster Linie zum Erwerb von größeren Gütern eine Verdienstmöglichkeit vorhanden sein muß. Sparsamkeit an der unrichtigen Stelle ist sogar meistens von großem Uebel. Um in menschenwürdiger Weise leben zu können, brauchen wir gar nicht bis zur Geizigkeit sparsam zu sein“. Die letzten Gedanken haben zweifellos eine gewisse Berechtigung, denn durch Sparsamkeit sich großzuhungern zu wollen, ist ein verkehrter Wirtschaftsbegriff. Aber durch längere Arbeitszeit den Effekt einer Bereicherung der Wirtschaft herbeiführen zu wollen, führt zum Verderben und muß selbstverständlich abgelehnt werden.

Den Kerngedanken des langen Artikels des Herrn Rostergs haben wir herausgesucht. Ist die Verlängerung der Arbeitszeit in dem Umfange durchgeführt, dann sind alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland behoben; wir können gesichert in die Zukunft schauen, und unsere Kinder und Kindeskinde werden es dereinst dankbar anerkennen, daß zur rechten Zeit große Männer den richtigen Gedanken gefaßt und das Heil der Zukunft gesichert haben. Doch Scherz beiseite! Es handelt sich nicht um eheliche Forderungen, sondern um durchaus ernst gemeinte Vorschläge weiter Unternehmerkreise, die mit einem Schlage sämtliche Errungenschaften der Nachkriegszeit zu vernichten in der Lage sind. Das mühsam errichtete Gebäude des sozialpolitischen Fortschritts, die Angleichung der sozialpolitischen Verhältnisse aller Industrieländer, wie sie durch die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes herbeigeführt werden sollen, würden mit einem Schlage vernichtet. Deutschland würde in den Geruch kommen, mit übermäßig langer Arbeitszeit Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu treiben, und es kann als sicher vorausgesehen werden, daß sich die Industrieländer, namentlich deren Arbeiterschaft, wie ein Wall gegen Deutschland erheben würden.

Obgleich Rosterg den deutschen Gewerkschaftsführern mangelnde Verantwortung und verkehrte Einsichtnahme in die wirtschaftlichen Belange vorwirft, sind diese trotzdem der felsenfesten Ueberzeugung, daß sie mit ihren Maßnahmen auf dem richtigen Wege waren und sind. Halten wir fest, daß die Ergiebigkeit der

menschlichen Arbeitskraft in Deutschland mächtig gemachsen ist, daß immer größere Warenberge aus den Fabriken und Werken fluten und diese sich dann auf den Märkten stauen, weil kein Absatz vorhanden ist. Nicht das Produktionsproblem, sondern der Absatz ist der Drehpunkt der deutschen Wirtschaft. Die Arbeitslosen, die wir gegenwärtig in Deutschland haben, sind doch nur deshalb vorhanden, weil die übrigen in der Produktion stehenden Hand- und Kopfarbeiter mit Hilfe der modernen Technik soviel Produkte hervorbringen, daß diese infolge der geringen Kaufkraft weder im Inland noch im Ausland Absatz zu finden vermögen. Man könnte eher der Meinung sein, ob angesichts der steigenden Produktivität und der durchrationalisierten Wirtschaft nicht eine Verlängerung, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit am Platze ist. Doch wir wollen uns nicht die Mühe machen, die brüchige Volkswirtschaftslehre des Herrn Rosterg im einzelnen zu widerlegen. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, daß mit solchen Artikeln die sozialpolitische Rückständigkeit weiter Unternehmerkreise mit aller Deutlichkeit gezeigt wird.

Die anfangs dieses Artikels gekennzeichnete nervöse Ueberreiztheit der gegenwärtigen Zeit soll die Basis bilden, um den Kurs der deutschen Sozialpolitik gewaltsam nach rückwärts zu drehen. Man glaubt die Regierung schwach genug, um ihr den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust setzen zu können. Doch die Herren werden sich täuschen, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen sind es nicht. Wir werden den Herren entsprechend begegnen, wenn sie solche Gedanken, wie sie Herr Rosterg entwickelt, in die Tat umsetzen sollten. Dem Angriffs willen der Unternehmer werden wir den ernstesten Widerstand entgegensetzen. Nicht Rückbildung der sozialpolitischen Errungenschaften, sondern Fortentwicklung derselben soll die Parole sein! Der Drehpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik ist nicht die Verlängerung der Arbeitszeit, sondern die Erhaltung eines gesunden und lebensfähigen Arbeiterstammes.

Die Gewerkschaftsbewegung der Welt

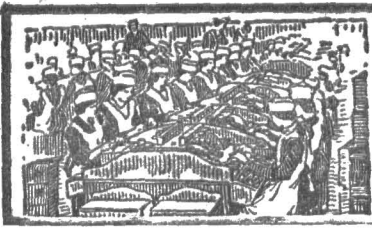
Unter dem Titel „Die Statistik der Gewerkschaftsbewegung am 1. Januar 1928“ veröffentlicht der Internationale Gewerkschaftsbund in seiner Monatschrift „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ (April 1929) eine ausführliche Statistik, worin auch den verschiedenen Richtungen in der Welt-Gewerkschaftsbewegung eine Betrachtung gewidmet ist. Dieser Ueberblick entnehmen wir nachstehende Angaben:

Am 1. Januar 1925 umfaßte die Statistik der Welt-Gewerkschaftsbewegung 46 Länder mit 36 062 711 Gewerkschaftsmitgliedern; am 1. Januar 1928 stellten sich diese Zahlen auf 62 und 46 187 060. Hieraus geht hervor, daß die Statistik eine Verbesserung erfahren hat: es sind 16 neue Länder (größtenteils lateinamerikanische Länder) aufgenommen worden. Die gewerkschaftlich organisierten wurden nach ihren verschiedenen Richtungen verteilt: Richtung IGB. (d. h. freigewerkschaftlich organisierte, ungeachtet, ob sie dem IGB. angeschlossen sind oder nicht); kommunistische Organisationen; konfessionelle Organisationen; syndikalistische Organisationen. Die Organisationen, die keiner der vier Hauptrichtungen angehören oder deren Richtung aus verschiedenen Gründen zahlenmäßig nicht festgestellt werden konnte, wurden in die Rubrik „Verschiedene Organisationen“ eingereiht.

Die Richtung IGB. umfaßt an diesen beiden Daten 17 702 431 Mitglieder in 30 Ländern (wovon 13 133 004 Mitglieder in 23 Ländern direkt dem IGB. angeschlossen waren) und 19 377 448 Mitglieder in 47 Ländern (wovon 13 144 225 Mitglieder in 26 Ländern direkt dem IGB. angeschlossen waren). Die kommunistische Richtung zählte am 1. Januar 1925: 7 333 845 Anhänger in 12 Ländern und 13 670 462 in 17 Ländern am 1. Januar 1928. Die konfessionellen Organisationen umfaßten an diesen Daten 2 112 109 in 15 bzw. 2 149 069 in 15 Ländern. Für die syndikalistische Richtung waren die Zahlen 471 439 und 12 bzw. 285 500 und 12. Die übrigen Organisationen umfaßten 8 442 887 in 32 bzw. 10 704 581 in 36 Ländern. Am 1. Januar 1925 und 1928 war der prozentuale Anteil der Richtungen an der Welt-Gewerkschaftsbewegung wie folgt:

Richtung IGB. 49,1 und 42,0; Kommunisten 20,3 und 29,6; konfessionelle Richtung 5,9 und 4,6; Syndikalisten 1,3 und 0,6; übrige Organisationen 23,4 und 23,2.

Der Zuwachs des Prozentatzes der kommunistischen Richtung ist nur Schein: er ist zurückzuführen auf die Steigerung der Mitgliederzahlen in Rußland und die Tatsache, daß Moskau in China 2 800 000 Mitglieder zu seinem Gebiet rechnet. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf obengenannte Monatschrift.



Zigarrenindustrie



Ein neuer Schlichter

Der dritte Absatz des § 12 der Zweiten Verordnung zur Ausführung der Verordnung über das Schlichtungswesen hat folgenden Wortlaut:

Hat über eine Streitigkeit schon ein Schlichtungsverfahren stattgefunden, das weder zu einer Einigung, noch zu einem bindenden Schiedspruch geführt hat, so soll ein neues Schlichtungsverfahren nur mit Zustimmung aller daran beteiligten Parteien oder nur dann eingeleitet werden, wenn es das öffentliche Interesse erfordert.

Auf Grund dieser Bestimmung hat der Reichsarbeitsminister zur Beilegung des Tarifstreites in der Zigarrenindustrie mit Zustimmung der Tabakarbeiterverbände und des R. d. Z. ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet, weil bei den Aprilverhandlungen im Reichsarbeitsministerium weder eine Einigung noch ein bindender Schiedspruch zustande gekommen ist. Zum Schlichter in dem neuen Verfahren ist Herr Syndikus Dr. Ing. Stenzel in Hamburg vom Reichsarbeitsminister bestellt worden, der zu Verhandlungen am 16. Mai nach Hamburg eingeladen hat.

Arbeiter, die keinem Verband angehören

Wie unorganisierte Arbeiterinnen und Arbeiter von den Unternehmern eingeschätzt und behandelt werden, offenbart eine Anfrage, die D. S. in D. an die „Süddeutsche Tabakzeitung“ gerichtet hat. Sie lautet:

Seit zwei Jahren bin ich nicht mehr im R. d. Z., gehöre auch sonst keiner Organisation an. Auch beschäftige ich meist Arbeiter, die keinem Verband angehören. Bin ich als vollständig freie Firma verpflichtet, Feriengeld zu zahlen? Nach meiner Meinung kann mich hierzu niemand verpflichten, denn die Vereinbarungen sind wohl nur zwischen den Verbänden gemacht worden, während ein Gesetz wohl nicht besteht. Eine Arbeiterin von mir, die vom 26. Januar 1928 bis 29. September 1928 gearbeitet hat, will Feriengeld haben. Die anderen Arbeiter haben noch nie welches bekommen. Ich bitte Sie, mir genauen Aufschluß zu geben, ob ich verpflichtet bin zu zahlen und wie ich mich eventuell zu verhalten habe.

Soweit die Anfrage, auf die D. S. in D. von der „Süddeutschen Tabakzeitung“ die ihm sicher unangenehme Auskunft erhalten hat, daß er zur Zahlung des Feriengeldes verpflichtet ist. Hoffentlich sehen nun auch die unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter ein, daß sie sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen müssen, wenn sie zu ihrem Rechte kommen wollen. So lange sie das nicht tun, haben sie die Behandlung verdient, die ihnen D. S. und seinesgleichen angedeihen lassen. Nur wer gewerkschaftlich organisiert ist, kann einen moralischen Anspruch auf die Rechte geltend machen, die sich aus dem Tarifvertrag ergeben. Alle übrigen müssen sich wie Bettler verhalten, die ein Almosen in Empfang nehmen.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Konferenz für Nordost

Die von der Mitgliedschaft verlangte und am Sonntag, 5. Mai 1929, in Elbing tagende Bezirks- und Betriebsräte-Konferenz für Nordost nahm Stellung zu dem ergebnislosen Ausgang der Tarifverhandlungen für die Zigarrenindustrie vor dem Reichsarbeitsministerium und insbesondere zur Ablehnung der Forderung von Nordost betr. des 5prozentigen Abschlags vom Reichsgrundlohn. Die Konferenzteilnehmer bzw. die Vertreter der im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisierten und in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sprachen ihr Bedauern und ihre Entrüstung darüber aus, daß die Verhandlungen in der Hauptsache durch den Starrsinn und die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber gescheitert bzw. vertagt worden sind. In den geringen Zugeständnissen und vor allem in dem Angebot der Arbeitgeber, den Reichstarif und damit die Bezirkstarife bis 1931 zu verlängern, muß eine glatte Verhöhnung der Tabakarbeiter erblickt werden, die den berechtigten Forderungen bzw. den tatsächlich schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen ins Gesicht schlägt. Ebenso erbittert sind die Konferenzteilnehmer, daß die Verhandlungen bis zum 15. Mai bzw. auf so lange Frist vertagt worden sind, sie erwarten aber, daß es dann zu einem annehmbaren Ergebnis kommt, wobei sie voller Vertrauen

zu ihrer Verbands- und Verhandlungsleitung aufblicken. Die Funktionäre ihrerseits versprechen, daß sie ihre ganze Kraft dafür einsetzen wollen, um der Verbands- und Verhandlungsleitung die erforderliche Unterstützung bei ihrem im Auftrage der Mitgliedschaft erfolgenden Vorgehen zu sichern. Höchste Erbitterung aber erfüllt die Konferenzteilnehmer, daß die Forderung von Nordost, Fortfall des 5prozentigen Abschlags vom Reichsgrundlohn, von den Arbeitgeberern in Nordost abgelehnt worden ist. Die hierzu von den Arbeitgebervertretern gegebene Begründung, daß in Nordost solche Arbeitserleichterungen bestehen, die diesen Abschlag rechtfertigen, und daß der Abschlag durch den Ortszuschlag ausgeglichen sei, wird mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Arbeitserleichterungen, soweit solche in den einzelnen Betrieben in technischer Beziehung vorhanden sind, kommen nach übereinstimmender Auffassung der Konferenzteilnehmer bezüglich der materiellen Vorteile einzig und allein den Arbeitgebern zugute, zumal für diese sogenannten Erleichterungen noch besondere Abschläge vom Tariflohn bestehen, und das eben ist der Vorteil der betr. Firmen gegenüber Firmen, wo maschinelle Einrichtungen für die Zigarrenindustrie nicht vorhanden sind. Der Abschlag von 5 Prozent vom Reichsgrundlohn besteht in Nordost aber auch für Firmen, wo keinerlei sog. Erleichterungen bestehen. Diese 5 Prozent Abschlag stellen also lediglich ein Sonderprivileg bzw. einen Mehrgewinn für die Arbeitgeber in Nordost dar. Ein Vorteil dieser sogenannten Arbeitserleichterungen für die Arbeitnehmer müßte vor allem doch auch darin bestehen, daß der Arbeitsverdienst eine einigermaßen erträgliche Höhe erreichte. Das ist aber durchaus nicht der Fall, beträgt doch der Durchschnittsverdienst pro Woche ganze 19 M in Elbing, mit dem in Nordost zurzeit höchsten Ortszuschlag von 4 Prozent. Die Konferenzteilnehmer vertreten den unumstößlichen Standpunkt, daß dieser Zustand betreffs des 5prozentigen Abschlags in Nordost nicht länger bestehen darf und verlangen, daß er so schnell wie möglich beseitigt wird. Die Konferenz beauftragt deshalb die Gauleitung, sofort alle Schritte einzuleiten, die zur Verwirklichung dieser Forderung geeignet sind. Die Funktionäre ihrerseits geben die Versicherung ab, daß die Mitgliedschaft bereit sein wird, das Vorgehen auch in dieser Sache mit allen Mitteln zu unterstützen.

Delitzsch. In der am 11. Mai stattgefundenen Tabakarbeiterversammlung referierte Kollege Keschke (Leipzig) über unsere Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Ausgehend von dem großen Tabakarbeiterbewegung 1927, wo die Tabakarbeiter 9 Wochen im Kampfe standen, erklärte Redner, daß auch heute die Tabakarbeiter-schaft wieder vor der Frage stehe: entweder Unterwerfung unter Unternehmerwillkür oder Kampf für die nur allzu berechtigten Forderungen. Der Referent schilderte dann die verschiedenen Besprechungen und Verhandlungen mit dem R. d. Z., in welchen die Unternehmer ganz brutal erklärten, daß an eine Erhöhung der Löhne absolut nicht zu denken sei. Aber auch der Spruch des Schlichters hat nicht im entferntesten den Forderungen der Tabakarbeiter-schaft Rechnung getragen. Ein Beweis mehr dafür, daß es der Arbeiter-schaft nur möglich ist, im unerbittlichen Klassenkampfe bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Noch müssen wir das Ergebnis der Verhandlungen am 15. Mai abwarten, aber schon heute wird man sich mit kommenden Kämpfen auch in der Tabakbranche vertraut machen müssen. Daß auch die Delitzscher Tabakarbeiter entschlossen sind, den Kampf mit aller Schärfe gegen das Unternehmertum zu führen, beweist die einstimmige Annahme der folgenden Entschließung: Die am 11. 5. 29 im „Lindenhof“, Delitzsch, tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Delitzsch nimmt mit großer Entrüstung Kenntnis von dem provokatorischen Verhalten der Zigarrenfabrikanten zur Lohnbewegung in der Zigarrenindustrie, sowie von den hochsprechenden Vorschlägen des Schlichters im Arbeitsministerium. Sie steht auf dem Standpunkt, daß an den gestellten Forderungen, besonders 12 1/2 Prozent Lohnerrhöhung, unbedingt festgehalten werden muß. Die Versammelten sind bereit, ihrerseits alles einzusetzen, um den gestellten Forderungen Geltung zu verschaffen.

Frankenberg. Am 6. Mai beschäftigte sich eine gut besuchte Mitglieder-versammlung mit den am 19. April gescheiterten Lohnverhandlungen. Das Angebot der Zigarrenfabrikanten wurde als eine Verhöhnung der gesamten Tabakarbeiter-schaft betrachtet. Desgleichen wurde der Vorschlag des Schlichters einer scharfen Kritik unterzogen. Bewundert wurde, daß ein Schlichter einen derartigen Vorschlag, welcher bei den niedrigen Löhnen der Tabakarbeiter etwas mehr als 1 Pfennig pro Stunde Lohnerrhöhung gebracht hätte, machen konnte. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die am 6. Mai in Frankenberg tagende Mitglieder-versammlung des Tabakarbeiter-Verbandes nimmt Kenntnis von dem vom 17. bis 19. April vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin geführten Lohnverhandlungen und von dem Angebot der Fabrikanten von 2 Prozent ab 1. September 1929, welches von den Tabakarbeitern als eine Verhöhnung betrachtet wird. Daß auch der Vorschlag des Schlichters Dr. Heimann, daß vom 1. Juli 3 Prozent und vom 1. Februar weitere 3 Prozent auf alle Löhne gezahlt werden sollten, von unseren Vertretern abgelehnt worden ist, wurde von der Versammlung als gerecht anerkannt. Da die Löhne der Tabak-

arbeiter, die niedrigsten Löhne erwarten wir von unseren Organisationsvertretern, in den am 15. Mai vor dem Arbeitsministerium stattfindenden Verhandlungen von den gestellten Forderungen von 12,5 Prozent nicht abzugehen. Ferner fordert die Versammlung von ihren Vertretern, daß sie den von den Arbeitgebern gemachten Vorschlag, die Bezirkszuschläge herabzusetzen, ablehnen. Ein Unternehmertum, welches erklärt, bei den niedrigen Löhnen der Tabakarbeiter eine der Forderung entsprechende Lohnerhöhung nicht tragen zu können, sich also nur auf Grund niedriger Löhne existenzfähig erhalten will, hat jede Daseinsberechtigung verloren. Die hiesige Tabakarbeitergesellschaft erklärt sich bereit, den härtesten Kampf gegen die rückständige Arbeitgeberchaft der Zigarrenindustrie aufzunehmen.

Hodenheim. Am 3. Mai tagte im großen Stadtparksaal eine Tabakarbeiterversammlung. Als Referent war der Gauleiter Schomburg aus Heidelberg erschienen. In einer fast fünfstündigen Rede setzte er den Anwesenden auseinander, wie unzulänglich, unklar und vieldeutig der jetzige Tarif für die Tabakarbeiter sei, und daß es dringend notwendig wäre, daß ein neuer, verbesserter Tarif ausgearbeitet wird. Großer Beifall folgte dem Redner nach einer ausführlichen Schilderung des bisherigen Verlaufs der Verhandlungen und der Stellungnahme der Arbeitervertreter zu den einzelnen Vorschlägen. In der Aussprache fragte Gundlach an, warum die GGS, die doch aus dem R. d. Z. ausgetreten sei, keinen Sonderartikl abschleife. Kretschmar antwortete, daß die Ausführungen Schomburgs und forderte die Tabakarbeiter auf, fest fest zusammenzuhaltten. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 3. Mai 1929 in Hodenheim stattfindende öffentliche Tabakarbeiterversammlung nimmt mit Entzückung Kenntnis von den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin zur Beendigung des Tarifstreites in der deutschen Zigarrenindustrie. Die von den Unternehmern gemachten Angebote sind als unerhört zu bezeichnen. Die Versammlung billigt die Maßnahme der Verhandlungskommission und erwartet, daß auch in den kommenden Verhandlungen die Interessen der Tabakarbeiterchaft so wahrgenommen werden wie bisher. Die Versammlung gelobt ferner, alles daranzusetzen, damit die Verhandlungen zu einem brauchbaren Abschluß gebracht werden. Die Versammelten sind bereit, zur Durchsetzung ihrer Forderungen eventuell das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen.“ Eine weitere Entschliessung, die heute in Hodenheim versammelten Tabakarbeiter sprechen dem kämpfenden Proletariat in Berlin ihre Sympathie aus und sind bereit, für seine Forderungen zu kämpfen“, wurde gegen 17 Stimmen abgelehnt. Dann schloß der Vorsitzende, indem er nochmals einen warmen Appell an sämtliche Tabakarbeiter richtete, treu und fest zu ihren Führern zu halten, die Versammlung.

Schöned. Mitgliederversammlung am 4. Mai im Gewerkschaftshaus Ratskeller. Nachdem Kollege Ficker die wichtigsten Ein- und Ausgänge verlesen hatte, nahm man Stellung zu den gescheiterten Lohnverhandlungen. Der Bevollmächtigte gab hierüber einen weitgehenden Bericht. Wie frech unsere Zigarrenfabrikanten sind, geht aus ihrem Angebot hervor. Zu diesem Punkt setzte eine rege Debatte ein, und es kam folgender, von der Betriebsräteversammlung schon angenommener Antrag einstimmig zur Annahme: Die Schönedener Tabakarbeiterchaft unterbreitet den Fabrikanten folgende Lohnforderung: Ab 1. April d. J. verlangen wir eine Lohnerhöhung von 25 Prozent, Tarifdauer bis Ende September 1930 und 12 Tage Ferien. Unter Punkt 3 wurde die Abrechnung vom ersten Quartal vorgetragen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es war zu ersehen, daß in diesem Vierteljahr wiederum 500 M für die Lokalkasse gutgemacht worden sind. Weiter wurde nochmals das 25jährige Jubiläum und das Tabakarbeitertreffen in Schöned behandelt. Am Sonnabend soll ein Kommerz, eine Jubiläumsfeier und ein Ball stattfinden, wozu die umliegenden Zahlstellen eingeladen sind und bereits zugesagt haben. Am Sonntag soll der gemeinsame Ausflug unternommen werden. Das Fest soll würdevoll begangen werden. Am Schlusse wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt. Kollege Ficker wies dabei auf die ernsthafte Lage des Tarifstreites hin und legte jedem Mitglied ans Herz, die richtigen Beiträge nach dem Verdienst zu zahlen, um bei evtl. Kämpfen gewappnet zu sein. Ferner soll versucht werden, die restlichen Unorganisierten noch zu gewinnen. Mit der Aufforderung, alles einzusetzen, um eine möglichst zufriedenstellende Lohnerhöhung zu erreichen, schloß der Vorsitzende, Kollege Ficker, die gut besuchte Versammlung.

Die Beschäftigungsmöglichkeit im April

Zum erstenmal nach langer Zeit läßt sich über eine kleine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie berichten. Von je 100 Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, die Ende April von der statistischen Erhebung zur Feststellung der Beschäftigungsmöglichkeit erfaßt wurden, waren 18,99 Arbeitslose, 20,83 Kurzarbeiter, 57,58 Vollarbeiter und 2,60 Ueberarbeiter; gegenüber 22,41 Arbeitslosen, 24,33 Kurzarbeitern, 49,73 Vollarbeitern und 3,53 Ueberarbeitern einen

Monat vordem. Insgesamt wurden Ende April 78 372 (18 471 männliche und 56 901 weibliche) Mitglieder erfaßt, von denen 13 931 (3271 männliche und 10 660 weibliche) arbeitslos waren, 15 286 (2812 männliche und 12 474 weibliche) verkürzt arbeiten mußten, 42 250 (9994 männliche und 32 256 weibliche) 48 Stunden in der Woche und 1905 (394 männliche und 1511 weibliche) darüber hinaus arbeiteten. Verkürzt arbeiteten im einzelnen um

	Männliche	Weibliche	Zusammen
1 bis 8 Stunden	682	3162	3844
9 bis 16 Stunden	1179	5581	6760
17 bis 24 Stunden	861	2790	3651
mehr als 24 Stunden	90	941	1031

Insgesamt 2812 12474 15286

Dagegen überschritten die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden um

	Männliche	Weibliche	Zusammen
3 Stunden und weniger	179	806	985
4 bis 6 Stunden	88	278	366
7 und mehr Stunden	127	427	554

Insgesamt 394 1511 1905

Zur Vervollständigung des Gesamtbildes folgen nun Angaben über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie. Von den erfaßten Mitgliedern waren:

in der	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.	Insgesamt
Zigarrenindustrie	11 502	14 458	24 824	952	51 736
Zigarettenindustrie	2 246	540	13 047	789	16 622
Rautabakindustrie	78	195	1 956	5	2 234
Rauch- u. Schnupftabakindustrie	105	93	2 423	159	2 780

Zusammen 13 931 15 286 42 250 1905 73 372

Zu Vergleichszwecken folgen jetzt die Verhältniszahlen vom März und vom April. Von je 100 Mitgliedern waren

in der	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Vollarbeiter		Ueberarbeiter	
	März	April	März	April	März	April	März	April
Zigarrenindustrie	25,30	22,23	30,87	27,95	39,25	47,98	4,58	1,84
Zigarettenindustrie	18,85	13,51	9,69	3,25	71,46	78,49	—	4,75
Rautabakindustrie	3,82	3,49	6,78	8,73	89,17	87,56	0,23	0,22
Rauch- u. Schnupftabakindustrie	5,09	3,78	4,29	3,34	83,28	87,16	7,34	5,72

Die Arbeitslosigkeit hat demnach in allen Zweigen der Tabakindustrie nachgelassen. Dasselbe läßt sich auch, abgesehen von der Rautabakindustrie, über die Kurzarbeit sagen. Sicher ein Zeichen dafür, daß der Tiefstand in der Beschäftigungsmöglichkeit überwunden ist.

Bekanntmachungen

Am 18. Mai ist der 20. Wochenbeitrag fällig.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 20. April. Heilbronn 160.—, Spener 149.60.
- 30. Heidelberg 500.—, Stuttgart 36.40, Kaiserslautern 59.85, Bruchsal 43.40.
- 3. Mai. Neufreistett 100.—, Langenprozelten 20.—, Neumarkt 100.—.
- 4. Mühlhausen 400.—, Landsberg 100.—, Ralau 5.90, Mülheim 11.05, Offenburg 200.—.
- 6. Lübbede 700.—, Kaiserslautern 300.—, Potsdam 12.—, Vorsch 150.—.
- 7. Naahn 150.—, Gishorn 33.25, Wildeshausen 30.—, Dresden 3000.—, Frankenberg 800.—, Nordhausen 1000.—, Tairnbach 50.—, Bentorf 100.—, Görlitz 200.—.
- 8. Hodenheim 400.—, Philippsburg 70.—, Wieberschlag 66.90, Bruchsal 120.—, Bonn 20.—, Zwickau 45.—, Bischofswerda 200.—.
- 10. Leopoldshöhe 35.50, Breslau 800.—.
- 11. Hamburg 500.—.
- Bremen, 14. Mai 1929.

J. Krohn.

Achtung, Beitragstaxierer usw.!

Des Pfingstfestes wegen erfolgt der Versand des „Tabak-Arbeiter“ in der nächsten Woche einen Tag später.

Gesucht werden

2 tüchtige jüngere Koller, die sich ihre Widel selbst anfertigen können. Nachfragen beim Gauleiter Max Clement, Dresden-A. 1, Schützenplatz 20 III.

Nymphosan, eine Spitzenleistung auf dem Gebiete der Lungentherapie!

Dies bestätigt Herr Fr. K., in B. Er schreibt: Nach Anwendung des Nymphosan-Sirups darf ich Ihnen zu meiner eigenen größten Genugung mitteilen, daß derselbe auf dem Gebiete der Lungentherapie eine Spitzenleistung darstellt. Ein komplizierter Herzklappenfehler verjüngerte mich mein Leben. Auf Ihr Nymphosan aufmerksam gemacht, versuchte ich es damit und in Folge dieser Lungentherapie habe ich mich ganz mechanisch daran gewöhnt. Ich bin heute wieder so weit hergestellt.

Preis der Flasche Nymphosan Mark 3.50, Perlebonbons 80 Pf. — Alleinverkäufer: Nymphosan A. G. Starnberg am See bei München. D. 9.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, Bremen, An der Weide 201; für den Anzeigenteil Paul Lange, Berlin SW. 11

Nach dem 1. Mai

Die Mitglieder der Gewerkschaften haben den Aufrufen des IGB. in Amsterdam und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai allerorts Folge geleistet. Die Arbeitsruhe war in den Städten allgemein, die Feiern und Umzüge sind imposant und ruhig verlaufen.

Nur in Berlin, wo der rohe Terror der Kommunisten und Nationalsozialisten in den letzten Monaten zahlreiche Todesopfer gefordert hatte, bestand noch das aus diesen Anlässen verhängte polizeiliche Demonstrationsverbot. Gegen dieses Verbot kämpfte die Kommunistische Partei in herausfordernder Weise in ihrer Presse und in Versammlungen. Sie spitzte ihre Gewaltpropaganda darauf zu: Entweder die Kommunistische Partei oder die Staatsgewalt wird am 1. Mai die Straßen in Berlin beherrschen, und wenn auch das Blut zahlreicher Toter das Pflaster röten sollte. „Am 1. Mai wird Blut fließen,“ so hieß es in vertraulichen Rundschreiben der Kommunistischen Partei. Es kam der KPD. also nicht auf die Aufhebung des Verbots an, sondern sie legte ihre Taktik mit vollem Bewußtsein auf den Kampf mit der Polizei an.

Am 1. Mai rollte in Berlin das gleiche Drama ab wie beim mitteldeutschen Putz und in den Barrikadenkämpfen in Hamburg. Diese blutigen Trauerspiele werden sich auch in Zukunft so lange wiederholen, bis die deutschen Arbeiter endlich erkennen, daß diese Opfer im Kampfe mit der eigenen Staatsmacht nicht ihren Interessen dienen, sondern lediglich der russischen Innen- und Außenpolitik zuliebe gebraucht werden.

Die Gewerkschaften fühlten sich durch das Demonstrationsverbot weniger betroffen, denn sie hatten angesichts der Vorgänge bei den Maidemonstrationen in den Jahren 1927 und 1928 bereits öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht noch einmal den kommunistischen Terror dulden und hinter den die Gewerkschaften beschimpfenden Transparenten der Kommunisten demonstrieren würden. Vor allem die skandalösen Beschimpfungen politisch Andersgesinnter durch organisierte und auf Lastwagen transportierte Schreihöre von Kindern und jugendlichen Kommunisten, die unter dem Schutze von Rotfrontkämpfern die Demonstrationszüge begleiteten und randalierten, haben bei den verantwortlichen Führern der Gewerkschaften den Entschluß reifen lassen, daß die Wiederholung solcher beschämenden Szenen verhindert werden müsse. Als Abwehr gegen dieses kommunistische Komwdytum blieb entweder die entschie-

dene Gegenwehr, die jedoch unvermeidlich zu einem Kampfe von Arbeitern gegen Arbeiter auf offenem Markte geführt hätte, oder die Verlegung der Maifeiern in geschlossene Räume. In zahlreichen Berliner Gewerkschaftsversammlungen ist denn auch in diesem Jahre gemäß den Vorschlägen des Ortsausschusses des ADGB. beschlossen worden, die Maiveranstaltungen für Berlin in Lokalen abzuhalten.

Die Kommunistische Partei hatte zu ihrer Unterstützung ein sogenanntes Maikomitee bilden lassen, das im Bunde mit allen von der KPD. beeinflussten Organisationen die gewünschten Betriebsproteste gegen das Demonstrationsverbot lieferte. Den Kommunisten und den mit ihnen Sympathisierenden wurde von der Parteileitung und vom Maikomitee der Besuch der gewerkschaftlichen Veranstaltungen untersagt. Trotz alledem waren sämtliche gewerkschaftlichen Veranstaltungen überfüllt und sind restlos ohne jeden Zwischenfall günstig verlaufen. Die KPD. rechnete zuversichtlich damit, daß die „revolutionären Unorganisierten“ im Bunde mit der sogenannten Gewerkschaftsopposition ihrer Aufforderung folgen und am 1. Mai den Kampf mit der Staatsgewalt auf der Straße aufnehmen würden. Diese Absicht ist kläglich gescheitert, denn nicht nur die Wähler der roten Betriebsräte, sondern sogar die eingeschworenen Mitglieder der KPD. haben es zumeist vorgezogen, dem Rufe der Gewerkschaften zu folgen. Demonstrationen konnten sich infolge der polizeilichen Maßnahmen nicht entwickeln, und zu blutigen Zwischenfällen war es bis zum Abend nirgends gekommen.

Erst im Dunkel der Nacht wurde an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und lichtscheuen Elementen das Straßenpflaster aufgerissen, Barrikaden errichtet, Geschäfte ausgeraubt und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwehr der Polizei sind leider auch Unbeteiligte als Blut- und Todesopfer gefallen.

Für diese Blutopfer trägt die Kommunistische Partei einzig und allein die Verantwortung. Sie brauchte diese Opfer, um einmal ihre eigenen Anhänger beisammenzuhalten und von den innerparteilichen Schwierigkeiten und Kämpfen mit den Rechten, Ultralinken, Trozkisten, Verföhlern usw., abzulenken. Unterstützung erhielt die KPD. aus Rußland. Die Sowjetpresse und Belegschaften russischer Staatsbetriebe griffen schon frühzeitig durch entsprechende Zuschriften an die „rote Fahne“ in

Schach dem König

Die Klassengegenstände im Schachspiel — Die Freiheit setzt dem König schachmatt

Von E. R. Fuchs (Salzburg)

Die Arbeiterklasse vollzieht reinliche Scheidung auf allen Gebieten vom Bürgertum. Sie hat ihre eigene Presse, ihre Gesangs-, Turn- und übrigen Sportvereine; sie hat auch das Schachspiel erobert. Während nun der Proletarier mit König und Königinnen, mit Offizieren und Bauern spielt, dringt sein geistiges Auge immer tiefer in den militaristisch-monarchistischen Sinn dieses Königsspieles ein; und auch für ihn spiegelt sich — wie für den Bürger — die gegenwärtige Gesellschaftsordnung mit all ihren Klassengegenständen magisch im Schachspiel, aber von einem ganz anderen Gesichtswinkel aus. Werfen wir einmal vom proletarischen Standpunkt einen Blick in diesen mystischen Spiegel.

Das Schachspiel ist ein Symbol des Krieges; die weißen und schwarzen Steine versinnbildlichen zwei feindliche Heere, die von einem König geführt werden. Endzweck des Spieles ist, das gegnerische Heer zu schlagen, dessen König gefangen zu setzen und den Endsieg zu erringen. Die höchste Kommandogewalt steht bei der Majestät des Königs, der von seinem Generalstab und Offizierskorps umgeben ist. Höchste Aufgabe der eigenen Truppen ist es, den König mit Leib und Leben gegen den Feind zu schützen. Bedenkenlos wird Offizier und Mann geopfert, wenn es gilt, den höchsten Kriegsherrn zu retten. Der Schachkönig trägt sein Gottesgnadentum zur Schau: majestätisch ist sein Auf-

treten und Gehen. Jedes Feld des Brettes ist ihm zugänglich, er schreitet aber im Vollbewußtsein seiner Würde nur Schritt für Schritt, von einem Feld zum anderen. Selbstverständlich steht es in seinem Belieben, vor- und rückwärts zu gehen. Es widerspricht auch dem Respekt, ihn in Gefahr zu bringen, ohne daß man ihn darauf eigens aufmerksam macht; jedes Schach muß mit dem Rufe: „Schach dem König“ angesagt werden, während alle anderen Offiziere heimtückisch aus dem Hinterhalt angefallen werden dürfen. Noch ein einzigartiges Privileg steht dem Schachmonarchen zu: die Rochade. Sie bildet im Schachspiel die einzige Ausnahme von der Regel, daß immer nur eine Figur gezogen werden dürfe. Bei der Rochade zieht bekanntlich König und Turm zugleich. Wenn nämlich Gefahr droht oder auch überhaupt der größeren Sicherheit halber zieht sich der König mit einem gewaltig-gravitätischen Schritt über zwei Schachfelder in das Innere seines Reiches zurück, und der Turm tritt auf des Herrschers Befehl gehorsam zum Schutze an seine Seite. Aber selbst bei dieser privilegierten Retirade bleibt die Etikette gewahrt: Seine Majestät darf über kein mit Schach bedrohtes Feld hinwegschreiten. Zuerst müssen diese Hindernisse von den Untertanen beiseite geschafft werden. Es ist auch nicht erlaubt, den König zu „rauben“, d. h. vom Brette wegzunehmen, wie es mit den übrigen Schachfiguren ganz einfach geschieht. Denn dieses Wegstellen vom Schachbrett hieße so viel, als den Herrscher dem Feinde ausliefern und ihn töten. Die Person des Königs ist aber geheiligt und darf nicht getötet werden. Bekrönte Kriegsschuldige liefert man nicht aus; der König darf höchstens in ritterlicher Art gefangenengenommen werden. In der mittelalterlichen Symbolik wird das Wort Schach von „schachen“, d. h. „jagen“ (nicht rauben oder töten) abgeleitet.

den Kampf der Kommunisten gegen das Demonstrationsverbot des Polizeipräsidenten Jürgel ein.

Schließlich richtete sich diese hemmungslose Gewalt- und infernalische Propaganda der Kommunisten auch gegen die Gewerkschaften. Sie lag durchaus auf der im Vorjahr vom Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale beschlossenen Linie. Die Opposition sollte, wie das Heckerl schon im vorigen Jahre angekündigt hatte, endlich von Worten zu Taten getrieben werden. Als erstes sichtbares Zeichen dieser Gewaltpolitik gegen die Gewerkschaften steht in frischer Erinnerung der verbrecherische Ueberfall auf die Jugendkundgebung in Hamburg. Inzwischen ist gerichtsnotorisch geworden, daß kommunistische Schlagringhelden und Pfefferstreuer diese Heldentaten auf höhere Anweisung vollbrachten. Es folgte die von Stalin in der Sitzung der Komintern geforderte Verbrüderung der Gewerkschaftsopposition mit den „revolutionären Unorganisierten“, anschließend mußte auf gleichen Befehl aus Moskau erstmalig die Wahl roter kommunistischer Betriebsräte gemeinsam mit den revolutionären Beitragsheuen in Deutschland durchgeführt werden. Hinzu kam, wiederum nach den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale, die Anweisung, daß in Zukunft selbstständig handelnde kommunistische Kampfleitungen die Führung bei Lohnbewegungen und Streiks an sich zu reißen hätten. Das alles zusammengenommen zeigt, daß die K.P.D. den Zeitpunkt für eine direkte Aktion am 1. Mai für durchaus günstig hielt. Vielleicht hielt sie auch das Gefüge der demokratischen Republik infolge der Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung für genügend gelockert, um den Kampf mit der Staatsgewalt zunächst in Berlin siegreich bestehen zu können. Daß eine „objektiv revolutionäre Situation“ vorlag, glaubte die „Rote Fahne“ durch ihre fortgesetzten „Analysen“ ihren Anhängern hinreichend bewiesen zu haben.

Falls am 1. Mai im ersten Ansturm gegen die Polizei der volle Sieg nicht errungen werden konnte, sollte nach den Ankündigungen am 2. Mai der Generalstreik auf der ganzen Linie einsetzen. Für den 1. Mai war zunächst der Verkehrstreik angeordnet. Die Berliner Verkehrsarbeiter, die zum Schrecken aller ängstlichen Gemüter vor wenigen Wochen noch mehr als 10 000 Stimmen für die kommunistische Betriebsratsliste abgegeben hatten, waren angeblich in sechs überfüllten Versammlungen einstimmig für gänzliche Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Aber als der 1. Mai heranrückte, waren sie entweder dienstlich verhindert, zur Maidemonstration zu erscheinen, oder sie nahmen an den vier Riesenkundgebungen der Gewerkschaften teil. Am 2. Mai folgte nochmals der offizielle Aufruf zum Generalstreik, der nur an einigen Plätzen Beachtung fand. Auch nur vorübergehend war es gelungen, einige tausend Bauarbeiter, Zigarettensarbeiterinnen, Schuhmacher u. a. zur Arbeitsniederlegung zu zwingen unter der Vorpiegelung, daß die Arbeitsruhe im Reiche ganz allgemein durchgeführt sei.

Die älteren Schachtheoretiker wollen den Schachkönig auch nicht gänzlich seines Hofstaates entblößen; es wird daher dem in höchste Not geratenen König ein Bauer zu seinem Schutze gelassen. Dieser muß als Beschützer und Diener mit dem gefangenen Herrn ins Exil wandern.

Mit der „Pattstellung“ hat es eine ähnliche Bewandnis. Man muß dem König respektvollerweise immer einen Zug zur Flucht lassen: ist der Gegner zu weit an Seine Majestät herangekommen, so daß kein Zug mehr übrigbleibt, ohne zugleich das durch die Etikette gebotene „Schach!“ zu rufen, so gilt der eigene König als unbegonnen, unbefiegt; es wird eine Remispartie, ein Friede ohne Sieger und Besiegte.

Alle diese Privilegien zielen darauf ab, die Person des Königs mit Gut und Blut der Untertanen zu schützen wider jeden Feind. Für das Heer (die große Menge des Proletariats) gilt es, bis zum letzten Hauch von Mann und Roß durchzuhalten und dann unterzugehen. Doch lassen wir die Parallele mit der Politik, so verlockend und naheliegend dieses Thema auch ist, und sprechen wir weiter vom Schachspiel.

An des Schachkönigs Seite steht „ihm verwandt durch Stamm und Sinn“ die Königin. Hier allerdings spielt die mittelalterliche Symbolik herein, der die Bezeichnung Königin entnommen ist. Der historische Name dieses Schachsteines ist Bezier oder Großvezier. Also: des Königs Generalfeldmarschall. Er ist der Höchstkommandierende; während Seine Majestät im Hauptquartier weilt, durchraht der Feldmarschall auf seinem Auto, bald vorfliegend, bald zurückstoßend, alle Felder des Schachbrettes: Hinterland, Etappe und Front. Er leitet die Offensive, ordnet strategische Rückzüge an, setzt Truppen ein, zieht Reserven heran

Kläglicher konnte der seit Monaten mit soviel Aufwand an nichtswürdigen Verleumdungen geführte Kampf gegen Republik und Gewerkschaften wirklich nicht zusammenbrechen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Absichten der Linksputschisten unter Thälmanns Führung genügend durchschaut. Durch die Nichtbefolgung der kommunistischen Befehle haben sie die unsauberen Pläne nicht nur zerschlagen, sondern auch dafür gesorgt, daß der Morgenluft witternde Faschismus sich wieder einmal zurückziehen mußte. Das Millionenheer der Gewerkschaften lehnte am 1. Mai endgültig die kommunistische Führung im Befreiungskampf der Arbeiterklasse ab. Es ging der prophetische Ausspruch in Erfüllung, den Sinowjew bereits 1925 mit Bezug auf die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung getan hat:

Wenn es eine Frage gibt, in der die Komintern ihren Kopf einbüßen kann, dann ist das die Gewerkschaftsfrage. Wenn es überhaupt eine Frage gibt, die unsere Bruderspartei in Deutschland ruinieren kann, so ist das die Gewerkschaftsfrage.

Trotz der ungeheuren Anstrengungen und der nutzlos verbrannten Geldmittel ist die verlogene Einheitsfronttaktik am 1. Mai endgültig zusammengebrochen; die würdelose Umschmeichelung der Unorganisierten blieb ohne Erfolg, und die seit Jahren betriebene Zerfegung und Zellenbildung in allen proletarischen Organisationen scheiterte an der geschlossenen Abwehr der Organisationen.

Im demokratischen Staat ist es geradezu ein Verbrechen, Arbeiter auf Barrikaden zu stellen und terroristische Gewaltmittel im Befreiungskampf und um den sozialen Fortschritt anzumenden. Würde durch Gewaltdämpfe von links und rechts die Demokratie in Deutschland zerschlagen und die Diktatur ihren Einzug halten, so wäre das wirtschaftliche Chaos und die Aufrichtung der Rechtsdiktatur die unvermeidliche Folge. Zur Verwirklichung ihrer Maid ideale werden die Arbeitermassen, gestützt auf die Macht und Stärke ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisationen, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft ihren Willen gegen Links- und Rechtsputschisten durchsetzen.

Die Frauenarbeit in Japan

Der schnelle Aufstieg Japans zu einer großen Industriemacht ist in allen Ländern der Welt stark beachtet worden. Das Internationale Arbeitsamt hat sich auch mit dieser Frage verschiedentlich befaßt und grundlegende Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse in den asiatischen Ländern begonnen. Jetzt ist in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ in drei Fortsetzungen,

* Herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin, Schornhorststraße 35.

und schon weder Offizier noch Mann, wenn es des Königs und sein eigenes Heil erfordert. Die Offiziere schulden diesem General blindlings Gehorsam, und seine Macht ist derart groß, daß er jeden einzelnen in den Tod schicken kann.

Der Generalfeldmarschall befehligt ein geschultes Offizierskorps; das Roß versinnbildlicht die Kavallerie, der Turm die schwere Artillerie, während man den Läufer nach seinen früheren historischen Bezeichnungen: „Alter, Richter, Pfaffe“, höchstens als Militärauditor oder Geldkuraten betrachten könnte. Jedenfalls ist auch das Offizierskorps nicht den ärgsten Strapazen des Schützengrabens ausgesetzt und genießt verschiedene Begünstigungen und Privilegien. Zumindestens die der schnellen Fortbewegung und der Möglichkeit, ungehindert vorwärts und rückwärts zu gehen, wodurch der Offizier sich leicht aus der Feuerlinie retten kann.

Ganz anders verhält sich die Sache mit der Mannschaft. Der Bauer ist der Arbeiter, der Proletarier. Und da treten im Schachspiel die Klassengegensätze mit geradezu erstaunlich rücksichtsloser Brutalität zutage. Schon Gustavus Selenus (Herzog August von Braunschweig) schreibt in seinem im Jahre 1616 erschienenen Werke über das Schachspiel von den „Männern des Volkes“, das sind die Bauern: „Es ist billig, daß die Soldaten, Kriegsmännlein, Bauern, Finden oder Fenden (auch Venden, Venden) vorne an die Spitze gestellt werden, um die ersten Streiche aufzufangen.“ Nebenbei bemerkt, die ethymologische Bedeutung des Wortes „Vendt“ ist symbolisch-charakteristisch; „vent“ bedeutet nämlich noch im heutigen Sprachgebrauch der Holländer „Kerl“. Man verstehe: die große Masse des Volkes, das Proletariat, ist das wohlfeile Kanonensfutter. Diese namenlose Infanterie hat die ersten Streiche aufzufangen und sich vor

beginnend im März-Heft, ein Aufsatz von Jmao Anusawa erschle-
nen, der die Frauenarbeit in der japanischen Industrie eingehend
behandelt. Der Verfasser stützt sich in seinem Aufsatz insbeson-
dere auf Berichte der japanischen Fabrikaufsicht.

Von einer Gesamtbevölkerung von reichlich 55 Millionen sind
in Japan 27 Millionen (49 Prozent) erwerbstätig. Lohnarbeiter
im eigentlichen Sinne gibt es 15 970 000. Auffallenderweise haben
die weiblichen Arbeitskräfte in Japan über die männlichen das
Uebergewicht, weil in der Landwirtschaft sehr viele Frauen tätig
sind. Landwirtschaft und Fischerei beschäftigen insgesamt 5 900 000
Frauen und 3 470 000 Männer. Gleichfalls weist der Handel sehr
viel mehr weibliche als männliche Arbeitskräfte auf. Das Pro-
blem der Frauenarbeit liegt also in Japan in der Landwirtschaft.
Die genannten beiden Erwerbszweige sind ihrer Natur nach vom
modernen Industrialismus weniger betroffen als z. B. Bergbau
und Fabrikgewerbe. Betrachtet man die in diesen letztgenannten
Erwerbszweigen tätigen Personen näher, so wird man finden,
daß von 4 304 000 Industriearbeitern im engeren Sinne 3 159 000
Männer und etwa ein Drittel = 1 145 000 Frauen sind.

Die japanische Arbeitsschutzgesetzgebung ist noch sehr jungen
Datums. Das erste Fabrikgesetz stammt aus dem Jahre 1911 und
wurde erst 1916 in Kraft gesetzt. Ihm unterstehen nur die Be-
triebe, die mehr als 15 Personen beschäftigen. Die Abänderung
dieses Gesetzes von 1923 bezog alle Betriebe mit mindestens
10 Beschäftigten in die Arbeitsschutzgesetzgebung mit ein. Durch
diese Erweiterung sind insgesamt 173 000 Arbeiter mehr von der
Schutzgesetzgebung erfasst worden. Die Textilindustrie, die den
wichtigsten Industriezweig Japans darstellt, beschäftigt mehr als
die Hälfte aller Fabrikarbeiter. Die Arbeiterschaft dieses Indu-
striezweiges besteht zu mehr als 80 Prozent aus Frauen und
jungen Mädchen. Auch im Bergbau ist ein Drittel aller Beschäf-
tigten Frauen, die nicht nur über Tage, sondern auch unter Tage
beschäftigt und zum Teil noch sehr jung sind. Von 208 295 unter
Tage beschäftigten Bergarbeitern waren 47 071 Frauen, darunter
8672, die noch nicht 20 Jahre alt waren.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung Japans ist von den Beschlüssen
der Washingtoner Konferenz sehr stark beeinflusst worden.
Japan hat allerdings das Washingtoner Uebereinkommen bis
jetzt noch nicht ratifiziert, aber bereits wichtige Neuerungen in
der Arbeitszeitgesetzgebung eingeführt. Arbeitszeitvorschriften
bestehen für die Bergwerke und für die Fabriken. Im Trans-
portgewerbe, in der Bauindustrie, im Handel und in der Land-
wirtschaft, in der Fischerei und in anderen Erwerbszweigen ist
die Arbeitszeit gesetzlich nicht geregelt. Seit Juli 1926 wurde die
Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen über 10 Stunden
täglich in Fabriken (insgesamt 11 Stunden einschließlich einer
einstündigen Ruhepause) verboten. Uebertretungen werden mit
einer Geldstrafe bis zu 1000 Yen geahndet. Auf Grund der Ver-
ordnung des Innenministeriums vom 1. September 1928 dürfen
in Bergwerken Männer und Frauen nicht länger als 10 Stunden
täglich einschließlich einer einstündigen Ruhepause beschäftigt

werden. Dieses Gesetz ist auch die einzige gesetzgebende Maß-
nahme, die die Arbeitszeit für Männer beschränkt. Die tatsäch-
liche Arbeitszeit ist im allgemeinen länger, wenn auch aus den
Berichten der Fabrikaufsicht hervorgeht, daß eine Verkürzung
der Arbeitszeit in den letzten Jahren zu beobachten gewesen ist.
Jedenfalls sind kürzere Arbeitszeiten als 9 oder 10 Stunden
täglich selten. In den Bergwerken beträgt die durchschnittliche
Arbeitszeit für Bergarbeiter unter Tage 9 Stunden, 40 Minuten
und über Tage 10 Stunden 30 Minuten. Ueber alle anderen Be-
triebe fehlen amtliche Statistiken. Soweit man aus allgemeinen
Beobachtungen entnehmen kann, sind in den Seidensabriken
während der Hochsaison 14- bis 16stündige Arbeitstage nicht
selten und in den Baumwollfabriken solche von 18 Stunden nicht
unbekannt. In den Streichholzfabriken ist die Lage noch schlech-
ter. Man muß sich jedoch vor einfachen Vergleichen mit den Ar-
beitsverhältnissen in Westeuropa hüten, da der Arbeitsrhythmus
sehr viel langsamer ist und der japanische Arbeiter den Vorteil
einer verkürzten Arbeitszeit, wie Anusawa ausführt, noch nicht
einsehen gelernt hat.

Die Nachtarbeit nimmt noch einen sehr großen Umfang ein.
Von 1930 an soll die Nachtarbeit für Frauen in Bergwerken teil-
weise und von 1933 an völlig abgeschafft werden. Schätzungsweise
werden die japanischen Betriebe durch die Abschaffung der Nacht-
arbeit eine Vergrößerung um 30 Prozent ihrer Anlagen vor-
nehmen müssen.

Die langen Arbeitszeiten werden in der Regel durch eine
einstündige Ruhepause unterbrochen, die entweder auf einmal
mittags oder in drei Abschnitten ($\frac{1}{2}$ Stunde mittags und je
 $\frac{1}{4}$ Stunde um 9 und um 15 Uhr) gewährt wird. Während der
Pausen müssen die Maschinen stillstehen. Die Behörden können
jedoch Ausnahmen zulassen. Das japanische Gesetz bestimmt hin-
sichtlich der Ruhetage nur, daß monatlich zwei Ruhetage gewährt
werden müssen, oder vier, wenn es sich um Frauen und jugend-
liche Personen handelt, die in zwei oder mehr Schichten arbeiten.
In den meisten Fabriken haben die Frauen nur an zwei Tagen
frei, entweder an dem 1. oder 15. oder am ersten und dritten
Sonntag jedes Monats.

Der genannte Aufsatz von Anusawa behandelt dann weiter
die sehr interessanten Fragen der Arbeiter-Schlafhäuser, der
Lohnhöhe und der Anwerbung der Arbeiter.

Geburten und Fehlgeburten

Die Verringerung der Geburtenfälle hat bereits zu welt-
gehenden Erörterungen geführt. Es ist immerhin eine ernste
Angelegenheit, wenn große Teile des Volkes es ablehnen, bei
dieser unsicheren Lage Kinder in die Welt zu setzen. Die Neu-
ordnung der Wochenhilfe-Gesetzgebung im Jahre 1925 hatte zum
Ziel, die Voraussetzungen für eine gesunde Geburt zu schaffen.
Die Krankenkassen erhielten eine hohe bevölkerungspolitische

den Drahthindernissen des Feindes für König und Offizier auf
dem Felde der Ehre zu verbluten. Diese unbekanntem und unge-
nannten Soldaten müssen tapfer sein; denn sie dürfen nicht „ehe
zurück wenden...“ Sie können auch nicht umkehren; für sie
gibt es nur ein Vorwärts, während den Offizieren auch das Rück-
wärts gestattet ist. Denn hinter der Front stehen Maschin-
gewehre, die zurückflutende Mannschaftspersonen schon zu Hel-
den machen. Ueberdies ist es schön und ehrenhaft, für den König
den Seldentod zu sterben. Das besagt die brutale Schachregel,
daß der Bauer nur vorwärts gehen darf, die allerdings nicht
ganz so brutal ist wie die Wirklichkeit, deren Kopie das Schach-
spiel ist.

Diese rauhe Wirklichkeit liegt uns allen heute noch so blei-
schwer in den Gliedern, daß wir Proletarier im Schachspiel die
Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in
einem ganz anderen Lichte symbolisiert sehen als das satte Bür-
gertum. Diese Erkenntnis ist durchaus nicht neu. Schon die große
französische Revolution hat das Schachspiel als ein militaristisches
royalistisches Symbol betrachtet, das dem Begriffe der allge-
meinen Gleichheit der Menschen zuwiderlief und Sonderrechte
für privilegierte Klassen enthielt. Darum war es auch das Be-
streben des Konvents, dieses Spiel seiner Namen und Würden
zu entkleiden. Wir entnehmen darüber aus dem Werke von
André (1796) folgende gehässige Stelle:

„Die Revolution, die so schnell eine republikanische Ver-
fassung schuf und alles, was nur nach einem König schmeckte,
plötzlich verschluckte, brachte eine große Veränderung auf dem
Schachbrette hervor. Der König verlor seinen Titel, und ihm
ward öffentlich die Benennung le drapeau (die Fahne) beigelegt
und darüber im Nationalkonvent feierlich dekretiert. Die Figur

der Königin erhielt den ihr mit Recht zukommenden Namen
Adjutant, so wie die Springer als Figuren, welche die leichte
Reiterei vorstellten sollten, den Namen les dragons erhielten. Die
Türme wurden, um auf diesem neuen republikanischen Schach-
spiele die Hauptforce der französischen Armee, nämlich die Artil-
lerie, nicht zu vergessen, les canons genannt usw. Benennungen
sind fast immer willkürlich, und es kommt bei einer Sache auf
den Namen eben nicht an; aber eben deswegen ist es auch unver-
zeihlich und scheint einen elenden Stolz anzudeuten, daß die
Neufranken, so wie in allen Stücken, auch in ihrem Eifer für das
nach ihrer Meinung verbesserte Schachspiel so weit gehen, daß
sie mit keinem spielen wollen, der sich nicht der Benennungen
ebenfalls bedient, und das Spiel zusammenschmissen, als ein
preußischer Offizier, welcher in Verdun als Gefangener mit
einem Obristen von der Nationalgarde in Gegenwart mehrerer
Franzosen spielte, und seinem Gegner, indem er ihn in Schach
setzte, zurief: Schach au roi. Sie haben auch das Neufere der
Schachfiguren so verändert, daß sie ihnen oft selbst unbekannt
sind.“

Wir verstehen dieses Bestreben des Konvents und wissen es
zu würdigen; nichts war damals in Frankreich so verhaßt, wie
die Worte König, Königin. Und, wenn es auf Tatsachen beruht,
daß auch die Sowjetregierung für die Schachfiguren neue Namen
eingeführt hat, um das Andenken an das Gottesgnadentum im
Bemühtsein des Volkes auch im Spiele zu verwischen, so ist
hierin die französische Revolution ihre Lehrmeisterin gewesen.

Wir haben nun wohl genug in den magischen Spiegel ge-
blickt, möchten aber zum Schlusse noch einer irigen Ausdeutung
dieses Aufsatzes vorbeugen. Wir haben gesehen, daß das Schach-
spiel ein „königliches Spiel“ in des Wortes echter Bedeutung

Aufgabe. Den breiten Massen sollte die wirtschaftliche Last, die jeder Geburtsfall mit sich bringt, durch Gewährung von Wochenlohn, Bereitstellung freier Arzt- und Hebammenhilfe für die Wöchnerinnen wesentlich erleichtert werden. Nicht zuletzt sollte durch diese Wochenhilfe die Zahl der Fehlgeburten mit den normalen Geburtsfällen in ein Verhältnis gebracht werden. Daß dies nicht ganz erreicht wurde, zeigt eine Statistik der durchschnittlichen Geburten- und Fehlgeburtenfälle bei der A.G.B.-Betriebskrankenkasse in den Jahren 1919 bis 1928!

Berichts- Jahr	Geburtenfälle		Fehlgeburtenfälle	
	über- haupt	unter 100 weibl. Mittgl.	über- haupt	unter 100 weibl. Mittgl.
1919	817	3	702	3
1920	881	4	948	5
1921	572	4	728	5
1922	497	2	800	5
1923	886	2	627	4
1924	262	2	490	4
1925	406	3	666	4
1926	304	3	392	4
1927	226	2	423	4
1928	356	3	347	3

Die Zahl der Geburten ist während des hier angezogenen Zeitabschnittes nicht gestiegen, sondern eher noch geringer geworden. Das umgekehrte Verhältnis ist bei den Fehlgeburten eingetreten. In der obigen Statistik sind nur die bekanntgewordenen Fehlgeburten enthalten. Nach der Feststellung einer Ärzte-Zeitung sind bei den Fehlgeburten 89 v. H. auf verbotene Eingriffe zurückzuführen. Mit der großen Häufigkeit der Fehlgeburten geht ein Stück Volkskraft zugrunde. Des ferneren ist damit vielfach der Tod oder dauerndes Siechtum der Frau verbunden. Die hohe Zahl der Fehlgeburten sollte ein Menetekel sein. Sie hat ihre Ursache neben der Wohnungsnot und anderem, vor allem in der unsicheren wirtschaftlichen Lage, in der sich weite Kreise der Arbeiter befinden. Eine gesicherte Existenz und ein Einkommen, das Raum bietet für eine gesunde Aufzucht der Kinder, würde die Zahl der Fehlgeburten auf einen geringen Teil beschränken.

Die Frau als Betriebsleiter des Haushalts

Erst neuerdings besinnt man sich darauf, welche wirtschaftliche Faktor die Hausfrau als Betriebsleiter des Haushalts darstellt. In Deutschland gibt es ungefähr 14 bis 15 Millionen Haushaltungen. Hier pulsiert das ureigenste Leben der Menschheit, hier wird auch der größte Teil des Volkseinkommens verbraucht. Je geringer das Einkommen ist, je größer ist der Teil, der durch die Hände der Frauen geht. Der Verein deutscher In-

genieure hat eine Wanderausstellung „Technik im Heim“ fertiggestellt, in der durch Tafeln dargestellt wird, was die Frau als Wirtschaftsfaktor bedeutet. Aus dem gezeigten Material geht hervor, daß durch die Hand der Hausfrau bei einem Einkommen von 2500 M 81 v. H., bei einem Einkommen von 4500 M 64,5 v. H. und bei einem Einkommen von 7500 M 44,2 v. H. gehen. Die Art und Weise, wie das von der Hausfrau verwaltete Geld ausgegeben wird, ist für die gesamte Wirtschaft von allergrößter Bedeutung. Deshalb muß auch dem Arbeitsraum der Hausfrau, der Küche, die größte Beachtung geschenkt werden. Die Technik muß viel mehr als bisher ihren Einzug in die Hauswirtschaft halten. Je wirtschaftlicher der Haushalt gestaltet wird, je mehr kann die Lebensweise verbessert werden. Nirgends gibt es soviel Leerlauf als hier. Die 15 Millionen Betriebsleiter des Haushalts sind der wichtigste Faktor des wirtschaftlichen Lebens. Welche Macht würden sie überdies haben, wenn sie sich als Verbraucher in den Konsumgenossenschaften zusammenschließen?

Die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veröffentlicht ihren Bericht für das Rechnungsjahr 1928. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 24 529 Personen am Schlusse des Jahres 1927 auf 28 492 Personen Ende 1928. Hier- von sind 18 589 männliche und 9903 weibliche Mitglieder. Der Neuzugang betrug 6760 Personen; der Abgang bezifferte sich auf 2797 Mitglieder, mithin beträgt der Mitgliederzuwachs 3963 Personen.

Die Zahl der zugehörigen genossenschaftlichen Vereinigungen erhöhte sich von 337 auf 357. Der Neuzugang beträgt 34. In- folge Verschmelzung mit anderen Vereinen schieden 14 Ge- nossenschaften aus. Es ist erfreulich, daß immer weitere Genos- senschaften ihre wirtschaftlichen Verhältnisse soweit gebessert haben, um auch an die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben heran- gehen zu können.

Die Zahl der Invalidentrentner stieg von 580 auf 719. Die Leistungen hierfür erhöhten sich von 540 396 Mark auf 698 316 Mark. Bei den Altersrenten ist eine Erhöhung von 274 auf 328 zu verzeichnen. Die Jahrespensionen belaufen sich hierfür auf 348 048 Mark, gegenüber 281 532 Mark Ende 1927. Die Zahl der Witwen hat eine Vermehrung von 616 auf 673 zu verzeich- nen. Dadurch erfuhren die Jahrespensionen eine Erhöhung von 230 124 Mark auf 272 040 Mark.

Das Kassenvermögen erfuhr eine Vermehrung von 5 228 710,78 Mark und betrug am Jahreschlusse 20 421 593,14 Mark. Hiervon sind besonders zu reservieren 4913,33 Mark für das Umlageverfahren zur Abdeckung der Kriegsrenten und für den Aufwertungsstock 208 348 Mark.

ist, und könnten daher zu der Meinung gelangen, daß ein proletarischer Republikaner mit diesem Spiele nichts zu schaffen hat, das für das Bürgertum geeignet ist und seiner Mentalität entspricht. Diese Anschauung wäre jedoch unsinnig; denn alle Errun- genschaften des Proletariats waren vormals Privilegien der herrschenden Klasse. Die Arbeiterschaft hat sie sich erkämpft und ertrotzt und dann in proletarischem Sinne umgewertet. So geht es auch mit dem Schachspiel. Es dient dem Proletariat zur Diszi- plinierung und Schärfung der geistigen Waffen im zähen Kampf für das höchste Gut, die Freiheit, die im umgewerteten Schach- spiel an die Stelle des Königs tritt. Zugleich gilt es aber auch, den feindlichen König, das ist die Königsidee und die auf ihr fußenden und aus ihr organisch erwachsenden Klassegegensätze, matt zu setzen ... Mögen die alten Namen nur als warnende Symbole erhalten bleiben. Das siegreiche Proletariat, das mit den Königen fertig geworden ist, fürchtet nichts von ihren Schat- tenbildern, denn: der Buchstabe tötet, der Geist aber macht leben- dig. Und der Geist des Proletariats wird das umgewertete Schachspiel durchdringen. Unbewußt und ungewollt erschließt das „königliche“ Spiel selbst das schöne Symbol für das sieg- reiche Aufwärtssteigen des Volkes: der Bauer kann durch Tapfer- keit zur Königin, d. h. zum Generalfeldmarschall werden. Aus der Militärsprache in die Sprache des Volkes umgewertet, wird diese Schachregel zur frohen Verheißung: Das Proletariat wird durch eigene Kraft und Tüchtigkeit aus den Niederungen und Tälern des Elends emporsteigen zu der Menschheit sonntigen Höhen, zur Freiheit, zu Macht und Licht.



Literarisches

Das Antlitz der britischen Arbeiterpartei. Von Egon Wert- heimer. Mit einer historischen Einleitung von G. D. H. Cole. Preis 2,50 Mark. Verlag J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. Die kurze gedrängte Arbeit Egon Wertheimers entschleierte uns einmal wirklich das Ant- litz der gewaltig aufstrebenden britischen Arbeiterpartei, die eine ganz andere politische Entwicklung hinter sich hat als der Sozialismus des Festlandes. Wir sind mit dem Marxismus so eng verwachsen, daß wir uns den Sozialismus nicht ohne die feste und starke Prägung denken können, die ihm Karl Marx gegeben hat. Egon Wertheimer ist es nun gelungen, sich von dem geistigen Zwange dieser Prägung zu befreien und die große britische Arbeiterpartei so zu sehen, wie sie sich in ihrer Besonderheit und Einzigkeit tatsächlich aus der sozialen Geschichte her- aushebt. Wertheimer sagt mit vollem Recht von dieser Arbeiterpartei: „Mit ihrer merkwürdigen Synthese aus Puritanismus und „inner- weltlichem“ Radikalismus, ihrem Elan, ihrem Selbstvertrauen, ihrer Leidenschaft für das nächst erreichbare Ziel und ihrer Kompromißbereit- schaft auf dem Wege zum Endziel, ihrem völligen Mangel an jeglicher Rechtgläubigkeit und jeglichem Dogma, ihrer Fähigkeit, Mitglieder der herrschenden Klasse zu sich herüberzuziehen, stellt die britische Ar- beiterpartei unter allen sozialistischen Parteien der Welt das eigen- artigste Gebilde dar“. Und in dieses „Gebilde“ hat jeder Politiker — der Politiker muß eben heute Weltpolitiker sein — einzubringen. Die Weltmacht England steht in den Waiwahlen 1929 vor großen Ereig- nissen. Der Politiker begreift diese nicht, wenn er nicht das Wesen der britischen Arbeiterpartei völlig erkannt hat. Und diese Erkenntnis ver- mittelt ihm die Wertheimerische Schrift, die an Bedeutung noch beson- ders durch die beigelegte geschichtliche Einleitung des gelehrten Histo- rikers der britischen Arbeiterbewegung, des gildensozialistischen Theo- retikers G. D. H. Cole gewonnen hat. Die Arbeit Wertheimers ist in ihrer Klarheit und Inneren Geschlossenheit eine ganz hervorragende Leistung. K.